

Irrweg ESG-Backlash

Warum wir uns den ESG-Backlash nicht leisten können

Nachdem zuletzt zahlreiche für die Real- und Finanzwirtschaft relevante nachhaltigkeitsbezogene Regulierungen eingeführt wurden, erleben wir aktuell unter der Überschrift „ESG-Backlash“ eine deutliche Gegenbewegung. Begründet wird das Zurückfahren nachhaltigkeitsbezogener Berichts- und Managementstandards vorrangig mit dem bürokratischen Aufwand und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, aber auch damit, dass die erhofften Wirkungen für eine klimaverträgliche und nachhaltige Entwicklung nur teilweise eingetreten sind. Ein Blick auf die Realität zeigt aber, dass wir uns ein solches Nachlassen in den Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung nicht leisten können. Dazu drei Beobachtungen und vier konkrete Argumente:

Drei Beobachtungen

1. Wir sind überfordert, in langen Zeiträumen zu denken

Wir werfen Politikern ja gerne vor, nur bis zum kommenden Wahltermin zu denken und zu planen. Wenn wir ehrlich sind, ist es bei uns aber auch nicht viel anders – Asset Manager denken bis zum Quartalsende, Manager bis zum nächsten Jahresabschluss und Aufsichtsräte bis zum kommenden Vertragsende. Beim Klimaschutz reden wir aber über die Jahre 2040, 2050 oder sogar 2100 – dies sind Zeiträume, die für uns eher abstrakt sind. Vielleicht hilft es hier, sich bewusst zu machen, dass jedes Kind, das heute geboren wird, gute Chancen hat, dieses Jahr zu erleben. Wir entscheiden heute darüber, wie seine Lebensumstände dann sein werden.

2. Wir sind schon mitten drin im Klimawandel.

Auch wenn eine einzelne Naturkatastrophe noch kein Beleg für einen dauerhaften Klimawandel ist, sind die Expertenmeinungen doch eindeutig – wir sind bereits mitten drin in der Veränderung unserer Umwelt und sehen bereits die Auswirkungen dessen, was wir neutral als Klimawandel bezeichnen, vielleicht aber Klimakatastrophe nennen sollten. So hat der Global Tipping Points Report 2025 festgestellt, dass die Erde bei den Warmwasserkorallen ihren ersten Klimakippunkt überschritten hat. Weitere Punkte stehen auf der Kippe und damit weitere unumkehrbare Veränderungen des Klimas.

3. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Wir haben also keine Zeit zu verlieren, da die Zeit, in der wir noch maßgebliche Veränderungen erreichen können, abläuft. Hierzu folgender Vergleich: Seit der Wiedervereinigung sind 35 Jahre vergangen und wir haben es in dieser Zeit geschafft, die Lebensbedingungen in zwei Industriestaaten einigermaßen anzugleichen. Wir haben nun noch 25 Jahre Zeit, um das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2050 zu erreichen – und das in zahlreichen Staaten mit ganz unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Voraussetzungen.

Vier Argumente

1. Der ESG-Backlash ist (vorrangig) Teil eines Kulturkampfes

Die aktuelle Diskussion über ESG hat starke Wurzeln in den USA, wo Finanzmarktakteure auf Druck insbesondere der republikanisch regierten Bundesstaaten ihre ESG-bezogenen Aktivitäten zurückfahren oder zumindest ihre Kommunikation darüber. Dieser Druck basiert aber nicht vorrangig auf Entwicklungen in der Real- oder Finanzwirtschaft, sondern ist Teil eines Kulturkampfes in den USA, in dem „Wokeness“ als Kampfbegriff genutzt und ESG in diesen Zusammenhang gestellt wird. Hier stellt sich die Frage, ob wir unsere Zukunft – und um nichts weniger geht es – von solchen Strömungen beeinflussen lassen sollten.

2. Der ESG-Backlash baut nur wenig Bürokratie ab

Ein zentrales inhaltliches Argument für den Abbau der ESG-Regulierung ist der Hinweis auf die Reduzierung der damit verbundenen Bürokratie. Und in der Tat ist es richtig, dass die in den vergangenen Jahren eingeführte ESG-bezogene Regulierung in den Unternehmen Aufwand verursacht. Es ist aber wenig zielführend, den Bürokratieabbau nach einer „Last in – First out“-Logik zu betreiben und „einfach“ die Anforderungen zu reduzieren, die zuletzt dazu gekommen sind. Mit Blick auf die angestrebte Entlastung muss vielmehr die Frage entscheidungsleitend sein, durch welche Maßnahmen die Wirtschaft in ihrer Breite entlastet wird – und hier bieten sich andere Bereiche deutlich stärker an.

Wenn man sich beispielsweise die Regeln für die viel diskutierte CSRD-Berichts-

pflicht anschaut, muss man feststellen, dass mehr als 99% der deutschen Unternehmen davon gar nicht direkt betroffen sind. Der politische Reflex, beim Bürokratieabbau zunächst bei der Nachhaltigkeitsregulierung anzusetzen, ist nicht neu – die Konsequenzen waren aber noch nie so fatal wie heute.

3. Die ESG-Risiken bleiben bestehen.

Ganz unabhängig vom Ausgang der aktuellen politischen Diskussionen – der Klimawandel, das Artensterben und andere vergleichbare Entwicklungen gehen (erstmal) weiter und die damit verbundenen Risiken bleiben bestehen bzw. nehmen sogar weiter zu. Bei der Frage, wie wir mit dem ESG-Backlash umgehen und die ESG-bezogene Regulierung gestalten, geht es daher auch um die Frage, wie gut wir auf diese Risiken vorbereitet sind. Dabei können wir beobachten, dass Investoren aus guten Gründen daran festhalten, ESG-Risiken bei ihrer Kapitalanlage zu berücksichtigen.

4. Der Hebel Finanzmarkt funktioniert

Das stärkste Argument für den ESG-Backlash wäre, wenn der Finanzmarkt der ihm zugedachten Rolle als Hebel für mehr Nachhaltigkeit in der Realwirtschaft nicht gerecht werden würde. Dies ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil: Wir sehen, auch aus eigenen Umfragen, dass sich Unternehmen immer stärker an den ESG-bezogenen Anforderungen des Finanzmarktes orientieren. Wenn der Zugang zu Eigen- und Fremdkapital bzw. die Refinanzierungskonditionen für sie davon abhängen, ob sie die ESG-bezogenen Anforderungen von Banken und Investoren erfüllen, ist es für sie rational, diesen Anforderungen zu genügen.

Fazit

Die ESG-Regulierung könnte besser sein, viele Gesetze waren – wie z. B. die Nachhaltigkeitspräferenzabfrage – handwerklich schlecht gemacht. Es ist daher gut, wenn wir darüber streiten, wie wir die Regulierung besser machen können. Dies bedeutet aber nicht, dass wir ESG und die Idee von Sustainable Finance grundsätzlich in Frage stellen sollten. Angesichts der immensen Herausforderungen können wir auf diesen Ansatz gar nicht verzichten. Am Ende brauchen wir nicht weniger, sondern bessere Regulierung!